

Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Lindenschmid AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Linksextreme Anschläge auf E-Autos und Ladestationen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Gab es nach ihrer Kenntnis Anschläge auf E-Autos, Ladestationen oder sonstige E-Fahrzeug-Infrastruktur in Baden-Württemberg?
2. Wenn ja, konnte eine Urheberschaft festgestellt werden?
3. Wurden solche Anschläge hierzulande angedroht oder in linksextremen Publikationen propagiert?
4. Ist sie auf Anschläge dieser Art vorbereitet bzw. im Austausch mit den Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer in dieser Sache?
5. Was ist aus ihrer Sicht mit dem Begriff des „Grünen Imperialismus“ gemeint, der in Zusammenhang mit den Anschlägen auf die Ladestationen von E-Autos genannt wird?

31.10.2023

Lindenschmid AfD

Begründung

Nach diversen Pressemeldungen gab es in Bremen Brandanschläge auf Ladestationen von E-Autos und in Frankfurt wurden 15 Elektroautos angezündet, in beiden Fällen verübten Linksextreme die Anschläge mit der Begründung, damit ein Zeichen gegen „neokoloniale Importstrategien“ und die „Ideologie des grünen Imperialismus“ setzen zu wollen.

Antwort

Mit Schreiben vom 27. November 2023 Nr. 3-0141.5-350/131 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Gab es nach ihrer Kenntnis Anschläge auf E-Autos, Ladestationen oder sonstige E-Fahrzeug-Infrastruktur in Baden-Württemberg?*
2. *Wenn ja, konnte eine Urhebererschaft festgestellt werden?*

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD-PMK). Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung Politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Diese beinhalten u. a. bundeseinheitlich vereinbarte Katalogwerte (Themenfelder, Angriffsziele und Tatmittel), welche statistisch auswertbar sind.

Die Begrifflichkeiten „E-Autos“, „Ladestationen“ und „E-Fahrzeug-Infrastruktur“ stellen keine unmittelbar auswertbaren Katalogwerte des KPMD-PMK dar, weshalb eine statistisch belegbare Aussage mit diesen Entitäten nicht möglich ist.

Darüber hinaus sind der Polizei Baden-Württemberg bislang keine linksextremistisch motivierten Brandstiftungsdelikte auf Elektroautos oder Ladestationen in Baden-Württemberg bekannt.

3. *Wurden solche Anschläge hierzulande angedroht oder in linksextremen Publikationen propagiert?*

Zu 3.:

Den baden-württembergischen Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

4. *Ist sie auf Anschläge dieser Art vorbereitet bzw. im Austausch mit den Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer in dieser Sache?*

Zu 4.:

Die Bekämpfung von politisch motivierten Straftaten in jedweder Form ist für die Landesregierung Baden-Württemberg von hoher Bedeutung und stellt einen fortwährenden Schwerpunkt der Polizei Baden-Württemberg dar.

Zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität verfolgen die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg eine umfassende Bekämpfungsstrategie. Diese reicht von der Früherkennung extremistischer Gewalttäter, über eine intensive Gefährderüberwachung und einer konsequenten Strafverfolgung, bis hin zu Deradikalisierungsmaßnahmen.

Zur Gewährleistung einer konsequenten Strafverfolgung und zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität arbeitet die Polizei Baden-Württemberg in einer zweistufigen Struktur. Sowohl beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) als auch bei den regionalen Polizeipräsidien werden politisch motivierte Straftaten von speziell geschulten Ermittlerinnen und Ermittlern der Inspektionen Staatsschutz bearbeitet. Das LKA BW und die regionalen Polizeipräsidien arbeiten dabei Hand in Hand.

Ein bundesweiter Austausch zu sicherheitsrelevanten Sachverhalten und Entwicklungen ist über das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Linksextremismus und -terrorismus (GETZ-L) sichergestellt.

Darüber hinaus wird unter Wahrung des Trennungsgebotes von Polizei und Nachrichtendiensten über die Gemeinsame Informations- und Analysestelle (GIAS) im Phänomenbereich Linksextremismus und -terrorismus ein ständiger Informationsaustausch zwischen dem LKA BW und dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg gewährleistet.

5. Was ist aus ihrer Sicht mit dem Begriff des „Grünen Imperialismus“ gemeint, der in Zusammenhang mit den Anschlägen auf die Ladestationen von E-Autos genannt wird?

Zu 5.:

Den baden-württembergischen Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse über die Nutzung des Begriffs „Grüner Imperialismus“ innerhalb der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg vor. Eine formale Begriffsbestimmung ist hier nicht bekannt.

Die veröffentlichten Bekenner schreiben zu den in der Begründung angesprochenen Brandstiftungsdelikten deuten darauf hin, dass mit dem Begriff „Grüner Imperialismus“ der Vorwurf erhoben wird, dass der Ausbau der Elektromobilität keine klimafreundliche Alternative darstelle, mit einer angeblichen Verschärfung der Ausbeutung von Mensch und Natur einhergehe und allein der Automobilindustrie und einiger weniger Menschen diene.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen